

Neuer Finanz- und Lastenausgleich

Vernehmlassung bringt kontroverses Resultat

Sozialfälle als Zankapfel: wer zahlt wie viel?

Die Vorschläge für einen transparenten und fairen Lasten- und Finanzausgleich kommen bei Parteien und Gemeinden grundsätzlich gut an. Doch in gewichtigen Einzelfragen gehen die Meinungen weit auseinander.



Roger Lehner ist Gemeindefürsprecher von Attelwil. Der Steuerfuss in seiner Gemeinde soll laut Regierungsvorschlag um 27 Prozent steigen. CHRIS ISELI

VON MATHIAS KÜNG

In einem sind sich Parteien, Wirtschaft und die verschiedenen Gemeinde-Interessengruppen einig: Der innerkantonale Finanz- und Lastenausgleich soll reformiert und transparenter werden. Auch bei der Aufgabenteilung sehen sie durchaus Handlungsbedarf. So erachten beispielsweise die Grünliberalen

die Anhörungsvorlage der Regierung als ausgewogen. Im Detail gehen die Meinungen aber rasch auseinander. So etwa beim Soziallastenausgleich (siehe Artikel unten und Grafik).

Denn viele Sozialfälle beeinflussen den Steuerfuss einer Gemeinde negativ. Wer keine oder wenige Sozialfälle hat, wird entsprechend entlastet. Schon lange ächzen gerade Agglomerationsgemeinden wie Neuenhof, aber auch Zentrumsgemeinden wie

Wohlen unter hohen Kosten. Mit dem Soziallastenausgleich will die Regierung unter anderem dieses Problem angehen. Sie schlägt vor, Kosten für Sozialhilfefälle ab 40 000 Franken auf alle Gemeinden zu verteilen. Es geht hier um ein Ausgleichsvolumen von rund 20 Millionen Franken. Laut Modellrechnung des Kantons müssten 165 Gemeinden in den Ausgleichstopf einzahlen, 47 würden profitieren, eine Gemeinde

liegt genau im kantonalen Durchschnitt. Sie bezahlt und erhält nichts.

Bremsen beim Sozialausgleich

Das grundsätzliche Einverständnis für so einen Ausgleich ist ganz klar da. Doch in welchem Ausmass soll er erfolgen? Da gehen die Positionen weit auseinander. Die EVP erachtet den Ausgleich bei den Sozial- und auch bei den Bildungslasten (siehe unten) als bestmöglich und fair. Die

40 000-Franken-Grenze sei ein Kompromiss, findet derweil der Aargauische Gewerkschaftsbund. Der Betrag solle keinesfalls höher angesetzt werden. Zehn in der «IG Wirtschaftsstandorte» zusammengeschlossene Zentrumsgemeinden (unter ihnen Aarau, Baden, Brugg, Wohlen, Bad Zurzach etc.) verlangen eine höhere Gewichtung der Sozialkosten. Sehr ähnlich sieht das eine Gruppe von vorab Agglomerationsgemeinden wie Windisch, Neuenhof etc., die sich in der «IG für einen fairen Finanz- und Lastenausgleich» formiert haben. Sie wollen, dass der Soziallastenausgleich schon ab 30 000 Franken pro Fall zum Tragen kommt - «damit die Gemeinden wirklich entlastet werden», wie die IG schreibt.

Das sieht eine weitere IG, nämlich jene der ländlichen Gemeinden, in der vorab viele Fricktaler und Studenländer Gemeinden vereinigt sind, genau anders. Das Ausgleichsvolumen von 20 Millionen sei zu hoch. Ihr Credo: «Es soll ein Anreiz bestehen bleiben, Sozialhilfeempfänger wieder einzugliedern.» Die BDP ist mit dem Ausgleichsbetrag nicht zufrieden. GLP und FDP wollen den Ausgleich erst ab 50 000 Franken. Die FDP fordert: «Es sollen nur Extremfälle abgefangen werden.» Die Latte noch höher legen wollen SVP und CVP, nämlich bei 60 000 Franken.

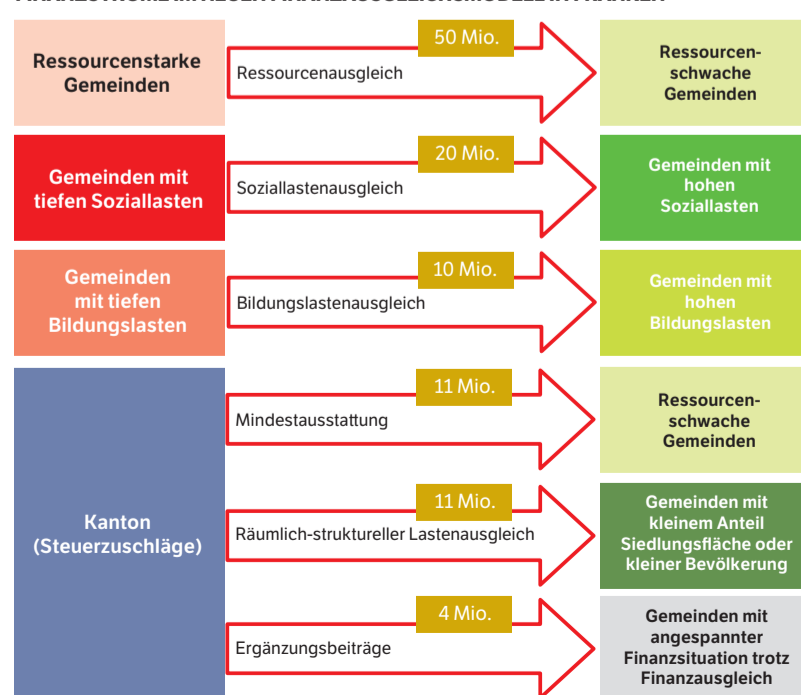
Angesichts sich widerstrebender Interessen ihrer Mitgliedsgemeinden ist die kantonale Gemeindefürsprecher-Vereinigung als Dachorganisation nicht zu beneiden. Sie empfiehlt wie die Aargauer Gemeindefürsprecher, diesen «Selbstbehalt» auf 60 000 Franken anzuheben. Wenn es nach der SVP geht, sollen die Gemeinden

NEUER FINANZ- UND LASTENAUSGLEICH SOWIE AUFGABENTEILUNG

Das sind die Vorschläge der Regierung

Im neuen Finanzausgleich werden Ressourcen- und Lastenausgleich sauber getrennt. Gemeinden mit unterdurchschnittlicher Finanzkraft erhalten Beiträge von 50 Millionen Franken (vgl. Grafik), die durch die finanzstarken Gemeinden finanziert werden. Via den **Bildungslastenausgleich** erhalten jene Gemeinden Beiträge, die einen erhöhten Anteil von Volksschülern aufweisen. Gemeinden mit einem unterdurchschnittlichen Anteil leisten Abgaben. Hier geht es um 10 Millionen Franken. Gemeinden mit überdurchschnittlicher Sozialhilfequote erhalten Beiträge aus dem **Soziallastenausgleich**, Gemeinden mit unterdurchschnittlicher Quote leisten Abgaben. Hier werden 20 Millionen Franken ausgeglichen. Die Kosten für Sozialhilfefälle über 40 000 Franken werden auf alle Gemeinden verteilt. Gemeinden mit viel Nicht-Siedlungsfläche und/oder tiefer Einwohner-

FINANZSTRÖME IM NEUEN FINANZAUSGLEICHSMODELL IN FRANKEN



zahl erhalten 11 Millionen Franken aus einem **räumlich-strukturellen Lastenausgleich**. Ergänzend sieht die Regierung sogenannte **bedarfsorientierte Ergänzungsbeiträge** vor. Keine Gemeinde solle einen Steuerfuss von mehr als 25 Prozentpunkten über dem Kantonsmittel festsetzen müssen. Ansprüche auf Finanzausgleichsbeiträge sollen gekürzt werden, wenn eine Gemeinde einen sehr tiefen Steuerfuss hat. Unter Umständen können auch Beiträge an Massnahmen zur **regionalen Standortförderung** gesprochen werden. Die Leistungen bei Gemeindefusionen bleiben nahezu gleich. Um die **Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden** zu optimieren, schlägt die Regierung weiter vor, der Kanton solle Aufgaben mit einem Volumen von 75 Millionen Franken übernehmen. Dies soll mit einem **Steuerfussabtausch** von 5 Prozent ausgeglichen werden. (MKU)



Walter Dubler ist Gemeindeammann von Wohlen. Dort soll der Steuerfuss gemäss Regierungsvorschlag um 10 Prozent sinken.

TONI WIDMER

von den darüber liegenden Kosten gar weiterhin zehn Prozent selber zahlen, «damit diese eine Motivation haben, den Fall nach Kräften so günstig wie möglich zu halten».

Nochmals ganz anders sieht dies die SP. Sie nimmt zum Betrag gar keine Stellung, sondern postuliert, die Finanzierung der Sozialhilfe sei kantonal zu lösen. Es dürfe «nicht auf-

«Der neue Finanzausgleich führt zu einer Stärkung der sogenannten Zentrumsgemeinden.»

aus der Stellungnahme der SVP

grund des steuerfussbedingten finanziellen Drucks bei fast allen Gemeinden zu einem absurden Wettbewerb unter den Gemeinden kommen».

Gewerbe: Wirtschaft befreien

Auch um viel Geld geht es in der Frage, woher weitere Mittel für den Finanzausgleich kommen sollen. Die Regierung schlägt bei der Kantonssteuer Zuschläge von 0 bis 2 Prozent auf Einkommen und Vermögen von Privatpersonen vor. Bei der Kantonssteuer auf Gewinn und Kapital der Firmen sind Zuschläge von 0 bis 10 Prozent vorgesehen.

Die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) ist damit gar nicht einverstanden. Sie will, dass Firmen und natürliche Personen gleich viel zahlen, und verlangt einen Zuschlag von je 0 bis 2 Prozent. Es gebe keine überzeugenden Gründe, so die AIHK, «die Erhaltung teilweise ineffizienter Gemeindestrukturen von den juristischen Personen bezahlen zu lassen». Aktuell muss die Wirt-

schaft ja 5 Prozent Zuschlag zahlen. Das kostet sie zu ihrem grossen Ärger jährlich 15 bis 20 Millionen Franken. Noch einen entscheidenden Schritt weiter geht der Aargauische Gewerbeverband. Er fordert schlicht die Abschaffung des Steuerzuschlags für Firmen. Dieser vermindere ihre Wettbewerbsfähigkeit in einem schwierigen Umfeld zusätzlich, so der Verband.

Kleine haben es schwer

Keine Partei fordert einen Fusions-Zwangsparagrafen. Doch die Skepsis gegenüber der kleinräumigen Aargauer Gemeindeflandschaft und deren Finanzierung schimmert bei vielen Stellungnahmen durch. So mahnt die EVP, die Unterstützungen zur Strukturhaltung dürften nicht überstrapaziert werden. Die FDP fordert, es dürfe nicht das Ziel sein, «den Erhalt der bestehenden Gemeindestrukturen in jedem Fall zu sichern». Auch die SP sieht die vorgeschlagenen Strukturierungsmassnahmen eher skeptisch. Die Grünen finden, die kleinräumige Gemeindestruktur solle «nicht um jeden Preis erhalten bleiben». Die GLP schliesslich wehrt sich dagegen, eine kleine Einwohnerzahl per se als «Last» zu sehen, die ausgeglichen werden müsse.

Umgekehrt findet die SVP, bei Fusionen würden zu hohe Beiträge ausbezahlt. Das Gesetz solle Fusionen weder verhindern noch fördern. Kleine Gemeinden, die mehr Mittel fordern, müssen sich in der Debatte also auf einigen Gegenwind einstellen.



So wirken die Vorschläge auf die Gemeinden:
www.aargauerzeitung.ch